

12 Forderungen des Mittelstands an die nächste Bundesregierung

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2018

Mit der Bildung einer neuen Bundesregierung ist aufgrund der Uneinigkeit innerhalb der Unionsparteien vor 2018 nicht mehr zu rechnen. Die Freien Demokraten haben jedoch bei deren Bildung ein gewichtiges Wort mitzureden. An sie als unser Hauptadressat, aber auch an alle anderen Parteien der künftigen Koalition ergeht die Forderungen des Liberalen Mittelstands, die Interessen der Selbständigen, Handwerker, Freiberufler, Unternehmensgründer und Mitarbeiter in Führungspositionen angemessen zu berücksichtigen.

Die Liberale Mittelstand Bundesvereinigung legt zu diesem Zweck einen Katalog mit zwölf Forderungen vor, die die nächste Bundesregierung umsetzen muss, um den Mittelstand als tragende Säule des Unternehmensstandortes Deutschlands nicht länger über Gebühr zu belasten und damit zu gefährden.

Alle an der Regierungsbildung beteiligten Parteien sind aufgerufen, sich zu diesen Forderungen zu positionieren. An der Haltung der neuen Bundesregierung zu den drängenden Sorgen des deutschen und europäischen Mittelstands wird der Liberale Mittelstand deren Arbeit bewerten.

1. **Weltbeste Bildung und Weiterbildung für Alle**

Die deutsche Wirtschaft benötigt bestens ausgebildete Menschen (Mitarbeiter und Auszubildende) um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Jedes Jahr verlassen 50.000 junge Menschen die Schule ohne einen Bildungsabschluss. Das muss eine neue Bundesregierung ändern.

2. **Bürokratieabbau entlastet Unternehmer**

Normierung und Hyper-Regulierung belasten vor allem kleine und mittelständische Unternehmer. Strenge Auflagen für Auskünfte und Beaufträge sind für Selbständige ein unkalkulierbarer Zeit- und Kostenfaktor. Hier muss Wildwuchs beschnitten werden.

3. **Digitalen Netzausbau stärker vorantreiben**

Moderne Unternehmen brauchen moderne und sichere Technologien. Deutschland liegt mit seinem Glasfasernetz in der OECD-Rangliste weltweit auf einem denkbar schwachen Platz 30 aller digitalen Infrastrukturen. Unternehmen, die in digitale Forschung und Entwicklung investieren wollen, müssen steuerlich entlastet werden. Die nächste Bundesregierung muss hier endlich angemessen investieren.

4. **Soziale Marktwirtschaft braucht einen Markt**

Eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft ist vor allem auf einen funktionierenden Markt angewiesen ist. Vor der Besteuerung und Umverteilung steht das Erwirtschaften. Daher sind in einer sozialen Gesellschaft nicht nur die Schwachen, sondern auch die Einzahler in das System zu schützen.

5. Senkung der Lohnnebenkosten hilft Arbeitnehmern

Eine Senkung der Personalzusatzkosten führt zu einer höheren Arbeitsnachfrage wie auch zu einer Erhöhung der frei verfügbaren Nettolöhne der Arbeitnehmer. Dies hat die zwingend notwendige Belebung der Konjunktur und einer Zunahme der Beschäftigung zur Folge.

6. Bargeld ist gelebte Freiheit

Bargeld ist wichtig, aber auch moderne Zahlungsmethoden müssen weiter entwickelt werden. Der Liberale Mittelstand setzt sich dafür ein, die Wirtschaft bei der Entwicklung alternativer Zahlungsmodelle zu unterstützen und traditionelle Zahlungsmodelle zu erhalten.

7. Chancengleichheit statt Neidsteuer

Niedrige und mittlere Einkommen müssen entlastet und nicht etwa noch stärker besteuert werden. Die Belastung der Mitte zur Umverteilung nach unten macht nicht etwa die Armen reich, sondern alle arm. Chancengleichheit durch bessere Bildungspolitik schafft Vermögen, weitere Steuerbelastungen vertreiben es.

8. Ausgewogene Geldpolitik

Wir wenden uns gegen die expansive Geldpolitik der europäischen Zentralbank. Die nächste Bundesregierung hat ihren Einfluss geltend zu machen, sowohl den Euro als klassischer Währung wie auch neue innovative Währungssystem vor Wertverlust zu schützen.

9. Kleine Einheiten schützen

Selbstbestimmung ist ein hohes politisches Gut. Zentralisierung, Universalismus und Gleichmacherei lehnen wir ab. Je kleiner und lokalisierter die politische Einheit, desto höher ist die Akzeptanz durch die Bevölkerung. Dies ist bei jeder geplanten Gebiets- und Zuständigkeitsreform zu berücksichtigen.

10. Kartelle verhindern

Der sich als „Wettbewerbshüter“ verstehende, ins Wirtschaftsgeschehen eingreifende Staat muss Kartelle verhindern. Ein Kartell schadet allen, sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite, unter anderem indem es Arbeitsplätze vernichtet.

11. Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Wochenenden wie zu anderen ungewöhnlichen Öffnungszeiten muss zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern und nicht etwa durch Gerichte geregelt werden können. Was in der Grundversorgung wie in Krankenhäusern oder in der Gastronomie funktioniert, würde auch im Einzelhandel funktionieren. Auch hier hat uns die digitale Wirklichkeit in Form des Online-Handels längst eingeholt.

12. Förderung von Unternehmensgründungen

Wenn pro Jahr zwischen 70 und 100 Mrd. Euro an Stiftungskapital aufgebaut werden, jedoch nur etwa 1-2 Mrd. Euro an echtem Risikokapital vergeben werden, besteht ein starkes Ungleichgewicht. Daher muss auf deutscher und europäischer Ebene die Vergabe von Risikokapital stark gefördert werden, so dass ähnliche Verhältnisse wie heute bereits in den USA; SNE und LUX erreicht werden.